

## Politik

Dieter Kersten

### Was ich für das Editorial gesammelt habe

Die politische Klasse und die tatsächlichen und selbsternannten Wirtschaftsfunktionäre und Wirtschaftsweisen haben nicht nur Deutschland wirtschaftlich und politisch an die Wand gefahren, sondern sie tun das auch international. Es häufen sich die Äußerungen, daß sich das globalisierte Weltwirtschaftssystem einem Zustand nähert, in dem die nationalen und internationalen Geldmärkte zu implodieren drohen. Ich schätze, daß bis 75 % aller der an der Börse gehandelten Werte im Grunde genommen wertlos sind, weil hinter den Spekulationen null Wirtschaftsleistung steckt. Bei den restlichen 25 % werden die Werte durch die Rohstoffe, die Waren unterschiedlichster Bearbeitung und durch die Produktionsanlagen abgedeckt, die aber alle nur dann ihren realen Wert haben, wenn wir, die Menschen, damit arbeiten können. Wenn überall nur die Gewinne abgeschöpft und im wesentlichen einem unproduktiven Geldmarkt zugeführt werden, dann öffnet sich die Schere von Angebot und Nachfrage, Arbeit und Konsum, immer weiter, bis nichts mehr geht. Alles wird mit höchster krimineller Intensität weltweit von den wirtschaftlichen und politischen Klassen betrieben.

Neben den Reichen der Reichsten gieren selbst Angehörige des Mittelstandes nach immer höheren Zinsen, um dann schließlich Arbeit und am Ende auch das zinsenträchtige Vermögen zu verlieren. Die Weltfinanzjongleure erzeugen durch massive Werbung über die Medien den Eindruck, es könne jeder mit Spekulation und Zinsen zu Wohlstand kommen. So hat z.B. unsere deutsche politische Klasse die Riester-Rente erfunden, um zusammen mit anderen finanzpolitischen Tricks dem Volk den letzten Euro aus den Rippen zu quetschen.

Weltgroßkonzerne und die jeweils nationalen politischen Klassen haben es geschafft, die Staatsverschuldungen auf so exorbitante Höhen zu treiben, daß Generationenverträge nur noch Makulatur sind. Wenn einer Ihrer Angehörigen stirbt, Sie als Erbe eingesetzt sind, und Sie stellen fest, daß der Erblasser überschuldet ist, dann werden Sie das Erbe ablehnen. Als Staatsbürger haben Sie keine Wahl. Sie müssen schon bei der Geburt die Schulden, die eine politische und wirtschaftliche Klasse veranlaßt hat, übernehmen. In Deutschland sind alle Parlamentsparteien, auch die PDS, daran beteiligt, und die WASG ist mitschuldig. Ihre Funktionäre sind der Herkunft nach meistens "linke" Gewerkschaftsfunktionäre und haben ihren ganz speziellen Anteil an der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.

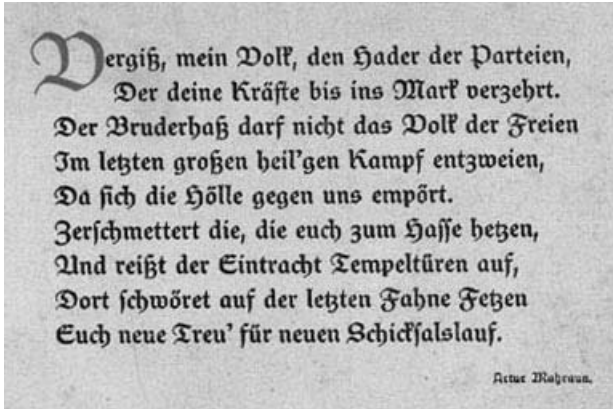
Jemanden, der "reich" ist, oder ein hohes Einkommen hat, zu rupfen oder zu enteignen, hat etwa die gleiche Qualität, wie die Ausbeutung der arbeitenden Bürger. Im Extremfall brauchen wir für den ersten Fall eine Linksdiktatur und für den zweiten Fall eine Rechtsdiktatur. Die Kollateralschäden in beiden Fällen sind ungemein hoch, wie wir es im vorigen Jahrhundert erfahren haben. Den gleichen Unsinn noch einmal zu machen, unter Umständen mit vielleicht noch schärferen Methoden der Kontrolle und Überwachung, ist das Dummste, was bestimmte Kreise in der Bevölkerung und die politische und wirtschaftliche Klasse machen könnten.

Demonstrationen, Unruhen - vielleicht kann ich sogar das Wort Revolution verwenden - in Bolivien, durch die Indios, werfen deutliche Schlaglichter auf die Ausbeutung von Menschen, was eigentlich, der offiziellen Rhetorik nach, in einer globalisierten Welt, nicht mehr passieren dürfte. Die Ärmsten der Armen in Bolivien

IMPRESSUM .....  
Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber: Dieter Kersten.

Redaktion: Verlag NEUE POLITIK in der DELTA PRO DESIGN UND VERLAG GmbH, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030-822 52 11, Fax 030- 821 62 88, url: www.neuepolitik.com, eMail: kersten@snafo.de Bankverbindung: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Kontonummer 35 34 32 30 01.

Erscheinungsweise: 9 mal jährlich. Preise: Jahresabonnement 15,60, Ausland 18,-- Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.



setzen sich zur Wehr. Ob sie erfolgreich sein werden, das wird die Zukunft zeigen. Die Neuwahlen in Bolivien gehören zu dieser Zukunft, aber sie sind nur eine kleine Etappe auf diesem Weg.

Bolivien und Deutschland brauchen neue Formen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenlebens. Die Suche nach einer neuen Ordnung und der unbeugsame Wille, die neue Ordnung auch zu leben, kann nur von unten, aus den Wurzeln eines Volkes her erfolgen. Schaffen das die Völker nicht, werden sie auf Dauer nicht überleben. Deshalb ziehe ich meinen Hut vor den Indios in Bolivien und preise sie uns Deutschen als Vorbild an. Wir sollten für Arbeitsplätze und den Erhalt und

Ausbau unserer industriellen Ressourcen demonstrieren und nicht (nur) gegen Hartz IV.

Die Indios in Bolivien demonstrieren auch gegen eine europäisch-stämmige Oberschicht, die am stärksten von dem Reichtum ihres Landes profitiert. Wir sollten auch gegen die Privilegierten unserer Gesellschaft demonstrieren, z.B. gegen die Zinsbezieher und die Geldspekulanten, gegen die Großbanken, gegen die "Investoren", die für die so "investierten" Betriebe keine Verantwortung übernehmen, gegen die Spekulationen mit Grund- und Boden, gegen ein Beamtenrecht aus musealer-obrigkeitsstaatlicher Zeit, gegen die Aufblähung des Öffentlichen Dienstes und seiner zunehmenden Kontroll- und Überwachungsfunktionen über den Bürger, gegen ein selbstgerechtes Justizwesen und veralterten Gesetzen, gegen zu viele Gesetze und noch vieles mehr. Neuordnungsideen gibt es. Wir müssen sie nur diskutieren und einsetzen, manchmal vielleicht nur als Experiment. Wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen, so wie es die Indios in Bolivien versuchen.

Auch wir müssen für unsere Freiheit kämpfen.

Schröder spricht übrigens von der Notwendigkeit eines starken Staates, was "sozialdemokratisch" ist und auf deutsch heißt: mehr Öffentlicher Dienst und mehr Kontrolle über den Bürger. In der Gemengelage mit internationalen und nationalen Problemen heißt das "Linksdiktatur".

CDU/CSU und FDP heißt, daß das Wort Freiheit zugunsten der Großkonzerne und "Investoren" mißbraucht wird. Dieser Mißbrauch führt zur Verarmung des Bürgers. Ist das Volk bockig, dann hilft die "Rechtsdiktatur".

Alles zusammen ist auch möglich. Denkansätze zu Gestapo, zu Blockwarten, zu Konzentrationslagern gibt es ja heute schon wieder - siehe auch unser "großes demokratisches Vorbild" USA. Durch die Vercomputerisierung der Gesellschaft ist heute alles möglich.

Am 1. Juli bekam ich eine Email von der "nationalkonservativen" Wochenzeitschrift JUNGE FREIHEIT, unterzeichnet von Chefredakteur Dieter Stein, in der er zusammen mit einigen (sehr wenigen) Organisationen zu einer Demonstration gegen den Abbau der Mauerkreuze auf dem Fremdgrundstück am Checkpoint Charley aufruft. Eine der Organisationen ist die **Republikanische Partei der USA in Deutschland**. Will diese ausländische Partei in Deutschland im Trüben fischen, wie weiland der Großvater ihres jetzigen Präsidenten vor 1933 und danach? Und das mit Hilfe der JUNGEN FREIHEIT? Akzeptieren die Leser so etwas?

IMPRESSUM .....  
Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber: Dieter Kersten.

Redaktion: Verlag NEUE POLITIK in der DELTA PRO DESIGN UND VERLAG GmbH, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030-822 52 11, Fax 030- 821 62 88, url: www.neuepolitik.com, eMail: kersten@snafo.de Bankverbindung: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Kontonummer 35 34 32 30 01.

Erscheinungsweise: 9 mal jährlich. Preise: Jahresabonnement 15,60, Ausland 18,- Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.